

Der Tagesspiegel

26.08.2010

von Caroline Fetscher

Bildungs-Chip: Die armen Kinder

Der Nachwuchs des Prekariats soll mit einer Chipkarte gefördert werden, das ist grotesk!

Arme Kinder sind zu arm. So sprachen die Verfassungsrichter, und forderten von der Politik gezielten Einsatz. Dort dachte man nach. Ja, auch Kinder, deren Eltern wenig verdienen, sollten die Chance haben, bei Ausflügen dabei zu sein, Nachhilfe in Mathe oder Deutsch zu bekommen, ein Musikinstrument zu spielen, ein warmes Mittagessen zu erhalten, eine Sportart zu betreiben. So weit eine glasklare Überlegung. Nun hätte man die Schulen der Republik, je nach ihrem Anteil an „lernmittelbefreiten“ Kindern, also die, deren Eltern von Transferleistungen leben, mit Extrabudgets ausstatten können. Jede Schule könnte nach Bedarf individuell Nachhilfe, Mahlzeiten, Musikstunden, Theaterprojekte und anderes finanzieren. Viele Kinder, ein Antrag der Schule, eine Überweisung vom Staat - fertig. Auch da, wo Eltern wenig Lust, Interesse oder Zeit finden, ihr Kind zu fördern – und um diese Klientel geht es ganz besonders - käme jeder Cent direkt beim Kind an. Warum so einfach? Mit der Energie bürokratischer Ingenieure schuf man eine andere Lösung. "Vom Kind her denken" will man und „niemanden diskriminieren“, und so kam es zur Idee mit der Chipkarte. In Stuttgart ginge das prima, heißt es. Dort hat fast jedes Kind 60 Euro im Jahr auf dem Chipkonto. Damit geht's ein paarmal ins Schwimmbad, 20 Prozent Ermäßigung gibt es bei Musikschulen oder für „Stadtranderholung“. Über „die Leseterminale der Akzeptanzstellen“ werden die Beträge abgebucht, erläutert die Homepage der reichen Stadt voller sparsamer Schwaben.

Bald also sollen in den Brennpunkten von Berlin, Köln oder Hamburg arme Eltern, oft lethargische, depressive, trinkende, „bildungsferne“, überforderte Eltern oder solche, die kaum die Landessprache sprechen, zu ungewohntem Einsatz animiert werden. Zuerst einmal aber schaffen alle Jobcenter Ladeterminale für Chipkarten und passende Karten an. Erhebliche Millionen sind bis hier bereits verbraten. Nach statistischen Mittelwerten werden Leistungsindikatoren ermittelt und Kriterienkataloge erstellt, die Mitarbeiter fortgebildet. Dann die Praxis. Eine Schule schreibt, etwa an Hartz-IV-Eltern, dass deren dritter Sohn, Steven oder Ahmed, Nachhilfe in Deutsch braucht. Dafür bietet das Jobcenter Chipkarten an. Die Eltern lesen den Brief. Sie verstehen den Brief, sie nehmen ihn an. Sie melden sich beim Jobcenter, bekommen einen Termin, gehen hin. Sie warten auf dem Flur, kommen dran, zeigen das Schreiben des Lehrers vor. Man händigt ihnen eine Chipkarte aus für zehn Nachhilfestunden á 45 Minuten und eine Liste der „Chipkartensystemzugelassenen Förderlehrer Fach Deutsch in Ihrem Bezirk“. Geduldig klingelt der Vater die Nummern durch, bis einer Platz hat. Er spricht einen Termin mit dem Nachhilfelehrer ab, er fährt, den Sohn im Schlepptau, mit Bus und U-Bahn hin, wartet eine Dreiviertelstunde und bringt das Kind wieder nachhause. Zehn Wochen lang. Dieselben Eltern erfahren dann vielleicht, dass eine ihrer Töchter musikalisch begabt ist und Geige spielen sollte, dass der zweite Sohn Nachhilfe in Mathe braucht, dass der älteste Sohn Basketball trainieren will. Jedesmal, bei jedem Wetter, machen sich Mutter oder Vater wacker auf den Weg und besorgen neue Chips zum Fördern ihres Nachwuchses.

Schule, Jobcenter und Eltern sollten „kooperieren“ hofft das Ministerium. Das Ministerium deliriert. Wo gibt es, in dem Milieu, von dem am meisten die Rede ist, solche Eltern? Es ist grotesk, es grenzt an Unverschämtheit, derlei Abläufe zu entwerfen und obendrein zu erklären, mit diesem Verfahren werde nicht diskriminiert. Es gibt eben Familien, in denen ist „Buch“ ebenso ein Fremdwort wie „Klavier“. Weder die Eltern noch die Kinder aus solchen Familien dürfen mit einem abstrakten und zugleich stigmatisierenden Verfahren wie diesem belastet werden. Und auch nicht die Steuerkasse. Wenn jedes Kind in der Schule jeden Mittag eine warme Mahlzeit erhält – dann ist niemand diskriminiert. Wenn jedes musikalische Kind an seiner Schule ein Instrument erlernen, jeder Lernschwache dort Förderstunden erhalten kann - dann ist niemand diskriminiert. Wer wissen will, wie erstklassige, sinnvolle Freizeit für Kinder aussieht, der sollte zum Beispiel die Gelbe Villa in Berlin-Kreuzberg besuchen, finanziert von einer Stiftung, die beweist, was alles Wirklichkeit werden kann. Angeleitet von Künstlern, Musikern, Choreographen oder Küchenchefs setzen Kinder und Jugendliche in der Villa eigene Ideen um. Wenn nicht alles gratis und die Tür immer offen wäre, käme kaum einer, wissen die Pädagogen dort. So könnten Schulen aussehen, in denen Kinder reich werden. Reich an Anregung und Förderung.